



# 25 Jahre Wiedervereinigung



VEREINIGUNG  
EHEMALIGER MITGLIEDER  
DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN e.V.



# 25 Jahre Wiedervereinigung

**BERLINER JOURNALISTEN BLICKEN ZURÜCK**  
im Abgeordnetenhaus von Berlin, 16. November 2015



DR. ROLF-PETER LANGE

## VORWORT

Ende 2015 haben wir in unserem Land – und insbesondere die Menschen in Berlin – auf die geschichtsträchtigen Ereignisse wie den Fall der Mauer im November 1989 und den Tag der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 mit großer Dankbarkeit, aber auch mit kritischen Erstaunen zurückgeblickt. Es war für fast alle von uns kaum fassbar: 16 Millionen DDR-Bürgern stand plötzlich und unerwartet die Welt offen, ein bisher nicht gekanntes Gefühl der Freiheit!

Aus diesem Anlass hatten am 16. November 2015 Berliner Journalisten, die die damalige Welt der 80er und 90er Jahre über viele Jahre auf Augenhöhe in Berlin erlebten und von hier aus kommentierten, eingeladen, um aus der zeitlichen Distanz von 25 Jahren die damaligen überraschenden Umwälzungen und Entwicklungen aus heutiger Sicht zu beurteilen. Sie haben u.a. darüber diskutiert, ob sich nach 25 Jahren Wiedervereinigung Erwartungen und Enttäuschungen die Waage halten und ob sich in unserem Land eine gesamtdeutsche Identität entwickelt hat sowie, welchen Einfluss die unterschiedlichen parteipolitischen Konstellationen auf die Entwicklung unserer Stadt hatten und haben. Wir haben in dieser kleinen Broschüre die kontroverse Auseinandersetzung im „Originalton“ dokumentiert und auch damit zugleich auch unseren Dank an die Diskutanten zum Ausdruck bringen wollen.

### **DR. ROLF-PETER LANGE**

Vorsitzender der Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten (VEMAB)

## DISKUSSION

**DR. ROLF-PETER LANGE** Vorsitzender der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin e. V.: Meine Damen und Herren! Bevor wir mit unserer Diskussionsrunde beginnen, halte ich es für angemessen, dass wir uns zu einer Schweigeminute für die Opfer von Paris von unseren Plätzen erheben. Vielen Dank!

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserer Diskussionsrunde über ein Thema, das an Aktualität nicht verloren hat, denn gerade in diesen Tagen denken wir an die Ereignisse von 1989/90. Ich begrüße den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Herrn Ralf Wieland. Und ich begrüße die Diskutanten Frau Brigitte Grunert, Herrn Dr. Michael Müller und Herrn Hans-Joachim Lorenz! – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Wie ein Klassentreffen!] – Ich glaube, ich brauche diese drei nicht vorzustellen. Wir alle kennen sie aus unseren Aktivitäten im vergangenen Jahrhundert, aus den 70er-, 80er- und 90er-Jahren. – **[ZURUF:** Die hielten aber auch noch etwas länger an!] – Ich habe extra nicht gesagt, aus dem letzten Jahrtausend, sondern habe versucht, das abzumildern.

Wir hatten auch noch Frau Brigitte Fehrle um ihr Erscheinen gebeten, aber sie hat mich heute Mittag angerufen und mir gesagt, es tue ihr sehr leid, aber sie könne aus den bekannten aktuellen Gründen leider nicht an dieser Veranstaltung teilnehmen. Sie ist als Chefredakteurin einer bedeutenden Berliner Zeitung gemeinsam mit ihren leitenden Kolleginnen und Kollegen seit Freitagnacht im Dienst, und sie übernachteten wohl auch in Paris. Diese Ereignisse lassen also ihre Teilnahme an dieser Diskussionsrunde nicht zu, und ich habe Frau Fehrle gesagt, dass ich davon ausgehe, dass diese Runde Verständnis dafür hat, dass sie heute Abend andere Prioritäten setzen muss.

Ich möchte eine Sache kurz korrigieren: Ich habe Herrn Hans-Joachim Lorenz in der Einladung etwas zukunftsorientiert betitelt. Er war zu dem Zeitpunkt, als die Ereignisse stattfanden, über die wir heute reden wollen, Chef von „ARD aktuell“ Berlin-Brandenburg, und erst später ist er Leiter des ARD-Hauptstadtstudios geworden. – Das musste richtiggestellt werden.

Vorab möchte ich Sie auch noch darüber informieren, dass wir diese Diskussion aufzeichnen. Wir als Gemeinschaft beabsichtigen – wie schon in der Vergangenheit –, auch über diese Veranstaltung eine kleine Broschüre herauszugeben. – Bevor wir die Debatte eröffnen, möchte ich den Herrn Präsidenten bitten, das Grußwort zu sprechen.



RALF WIELAND

**RALF WIELAND** Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin: Sehr geehrter Herr Dr. Lange! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlich willkommen im Abgeordnetenhaus von Berlin! – Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung: Ich danke Ihnen, dass Sie mit einer Schweigeminute der Opfer in Paris gedacht haben! Wir haben das heute Mittag, um 12 Uhr, in der Eingangshalle unseres Hauses auch gemacht, mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, aber auch mit vielen Abgeordneten, die heute im Hause waren. Ich möchte jetzt nicht weiter darauf eingehen, weil ich glaube, dass wir alle aufgrund der Ereignisse noch sehr schockiert sind. Und was in den nächsten Tagen und Wochen noch auf uns zukommen wird – auch auf uns als verantwortliche Politikerinnen und Politiker –, das mag ich mir im Moment noch nicht ausmalen.

Dass wir zu unserer französischen Schutzmacht und insbesondere zu Paris als Partnerschaftsstadt eine besonders innige und freundschaftliche Beziehung haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Dazu möchte in diesem Kreis noch berichten: Ich war am Sonntagabend mit dem Herrn Regierenden Bürgermeister und einigen Senatsmitgliedern in der Französischen Botschaft, und wir haben uns dort in das Kondolenzbuch eingetragen. Ich fand es schon bemerkenswert, mit welcher Intensität der französische Botschafter sich bei uns für das bedankt hat, was die Berlinerinnen und Berliner auf dem Pariser Platz und darüber hinaus an Trauer, Zuneigung und Solidarität gezeigt haben.

Kommen wir aber jetzt zum heutigen Abend! Wir sind zusammengekommen, um über den Mauerfall und den Prozess der Wiedervereinigung zu sprechen, genauer gesagt: unsere journalistischen Gäste werden sich darüber austauschen. Das ist eine schöne Situation und eine neue Erfahrung: Die Journalisten reden, und ich kann danach für mich die A- und B-Note vergeben.

Sie sind der Einladung der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Abgeordnetenhauses gefolgt. Ich freue mich, Frau Brigitte Grunert, Herrn Dr. Michael Müller und Herrn Hans-Joachim Lorenz persönlich begrüßen zu können. Ich bin bei der Formulierung von Herrn Dr. Lange hinsichtlich unserer Aktivitäten im „vorigen Jahrhundert“ wie andere auch zusammengezuckt, denn wir hatten auch schon zu dieser Zeit sozusagen beruflich miteinander zu tun, und wenn dann gesagt wird, dass das im letzten Jahrhundert war, stimmt das zwar, aber man zuckt trotzdem zusammen und sagt: So alt bist du eigentlich noch nicht.

In der Tat war das eine sehr spannende, aber vor allem geschichtsträchtige Zeit vom Herbst 1989 bis zum Oktober 1990, der Vereinigung. Ich nehme an, jeder von uns wird seine persönliche Erinnerung an die Nacht des 9. November haben und wissen, wo er damals war. Ich bin froh darüber, dass ich damals in der Stadt war, das miterleben durfte und bis in die frühen Morgenstunden durch die Stadt gefahren bin. Man zehrt heute noch davon, und wer damals dabei war, der wird das wohl nie vergessen. Das war Geschichte live – um es salopp zu sagen –, was wir dort miterleben durften.

Klar ist: Es war das Jahr der gewonnenen Freiheit für 16 Millionen Deutsche, es war das Jahr der Euphorie, und es war auch ein Jahr, in dem viel improvisiert werden musste. Natürlich gab es auch Gefühle, die zwischen dem Wunsch nach Einheit und dem Wunsch nach demokratischer Selbstbestimmung in der DDR hin und her gingen – jedenfalls auf Seiten der Aktiven in der DDR. Die meisten politischen Akteure in dieser Zeit wollten zu Beginn dieses Prozesses eine bessere DDR. Überlegungen, wie die Vereinigung mit der Bundesrepublik zustande gebracht werden könnte, gab es im Herbst 1989 kaum. Die Losung bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig – „Wir sind ein Volk!“ – stieß z. B. in der Bürgerbewegung nicht sofort auf Zustimmung, sondern am Anfang eher auf Ablehnung.

Erst die Aussicht auf demokratische Wahlen – die Volkskammerwahl am 18. März 1990 und die am 6. Mai anstehenden Kommunalwahlen – erzeugten einen Druck auf die politischen Akteure, denn Runde Tische standen ja nicht zur Wahl. Es konnten nur Parteien kandidieren. Parteien wurden gegründet und umbenannt – wie auch immer –, um den Willen der Wahlbevölkerung zu bündeln. Das war auch der Zeitpunkt, wo der Einfluss der bundesrepublikanischen Parteien auf die Politik in der DDR und auf die DDR-Parteien zunahm, und zwar auch aus einer gewissen Logik heraus: Die Wahlkämpfe mussten organisiert und finanziert werden, und es kam zu einem Export von professionellem Know-how von West nach Ost. So war

dann auch der Weg zur Vollendung der Einheit vorgezeichnet, denn die Parteien, die die Selbstständigkeit der DDR beibehalten wollten, fielen beim Wahlvolk durch – mit einer Ausnahme: der PDS, die es dann schaffte, reinzukommen. Das ist erst einmal ganz nüchtern und ohne eine Wertung festzustellen.

Nun war es keineswegs so, dass die neu gewählten Parlamente in der DDR ihre einzige Funktion darin sahen, den Wiedervereinigungsprozess einzuleiten. Sowohl in der Volkskammer als auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung zeichnete sich ab, dass es ein tiefes Bedürfnis nach einer neuen Verfassung für die DDR und auch für Ost-Berlin gab. Ich möchte mich hier natürlich nur auf Berlin konzentrieren. In West-Berlin gab es eine Verfassung, aber diese einfach zu übernehmen, das kam für die damaligen Stadtverordneten zumindest in ihrer großen Mehrheit nicht in Frage.

Es gab dann eine Diskussion darüber, und ich zitiere Frau Köppe vom Bündnis 90, die damals in der ersten Sitzung des Einheitsausschusses der Stadtverordnetenversammlung sagte:

*Es sind schon, meines Erachtens, zwei ganz voneinander verschiedene Ziele, eine Ost-Berliner und eine Gesamtberliner Verfassung zu entwickeln. Ich denke auch nicht, dass wir davon ausgehen könnten – das klingt jetzt hier so an –, dass diese Ost-Berliner Verfassung vielleicht später die Gesamtberliner Verfassung werden könnte.*

– Und sie fuhr fort:

*Die Gesamtberliner Verfassung kann nur aus zwei Verfassungen entwickelt werden, also der West-Berliner und der Ost-Berliner Verfassung. Wenn wir uns da wirklich in diesen Einheitsprozess einbringen wollen und wenn wir unsere Interessen ernst nehmen wollen, denke ich, muss es uns darum gehen, eine Ost-Berliner Verfassung zu machen. Und das ist eben nicht gemeinsame Sache von Ost und West, eine Ost-Berliner Verfassung herzustellen.*

Also die Verfassung für Ost-Berlin sollte ein Vehikel sein, um die Gleichwertigkeit beider Stadthälften zu zeigen. Das entsprach auch dem Wunsch der breiten Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Am Ende des Prozesses stand eine Ost-Berliner Verfassung, die die Stadtverordnetenversammlung am 11. Juli 1990 beschloss. Allein die Tatsache, eine eigene Verfassung zu haben, machte die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Ost-Berlin stolz, und sie konnten auf Augenhöhe mit den Abgeordneten aus dem Westteil der Stadt darüber verhandeln, wie die Herstellung der Einheit Berlins zustande kommen würde, und so geschah es ja auch.

Unter welchen stadtpolitischen Rahmenbedingungen ansonsten dieser gesamte Prozess stattfand, darüber werden wir heute Abend diskutieren. Wir werden die



BLICK IN DAS PUBLIKUM



eine oder andere Erinnerung hervorholen, und vielleicht werden wir auch die eine oder andere unterschiedliche Erinnerung an den einen oder anderen Vorgang haben. Auch das gehört in der Politik mit dazu, dass bei dem einen das als Priorität hängen bleibt und andere vielleicht anderes für wichtiger halten.

Lassen Sie mich das zum Abschluss sagen: Insgesamt können wir in Berlin angesichts der Situation, die wir hatten, nun auch im Abstand von 25 Jahren sagen, dass uns das, was die Vereinigung des Landes und auch unserer Stadt angeht, die besonders unter der Teilung gelitten hat, sehr gut gelungen ist. Es ist uns nicht alles gelungen – das können die Historiker und vielleicht auch die Journalisten herausarbeiten –, aber wir können insbesondere auf die Männer und Frauen stolz sein, die damals über Nacht in die Politik gehen mussten, ohne eine entsprechende Ausbildung bei der Jungen Union oder den Jungsozialisten gehabt zu haben, die praktisch in Mandate geschubst wurden und sofort verantwortungsvolle Aufgaben übernommen haben. Mir ist das in der Zeit danach häufig ein Stück weit zu schnell untergegangen. Viele dieser Menschen gingen dann auch schnell wieder aus der Politik heraus oder wurden „herausgegangen“, ohne dass das, was sie geleistet haben, anerkannt wurde. Gerade an so einem Abend kann man es auch noch mal sagen: Wir haben da vielen Männern und Frauen insbesondere aus dem Ostteil der Stadt eine Menge zu verdanken. – Dabei möchte ich es belassen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**DR. ROLF-PETER LANGE** *Gesprächsleitung*: Bevor wir nun in die Diskussion eintreten, wird der Kollege Nico Sander noch einige Worte darüber sagen, wie sich Ende der 80er-Jahre die Szenerie in unserer Stadt, in unserem Land bzw. in Europa dargestellt hat.

**NIKOLAUS SANDER** *stellvertretender Vorsitzender der VEMAB*: Um bei dem Diktum vom „vorigen Jahrhundert“ zu bleiben: Wir wissen, dass Zeitzeugen die natürlichen Feinde eines jeden Historikers sind, aber trotzdem sollten wir den Zeitzeugen zuhören. Sie bringen die Farbe des subjektiven Erinnerns in die öffentliche Diskussion. Wir werden das heute erleben und freuen uns darauf, mit kritischen und vielleicht auch selbstkritischen Beobachtern ins Gespräch zu kommen.

Was vor 26 Jahren geschah, hatte natürlich einen Vorlauf, der älter war und oftmals viele Jahre zurücklag. Der 9. November 1989 besaß eine Vorgeschichte, und auf diese möchte ich in meiner kurzen Einführung hinweisen, natürlich subjektiv gefärbt, wie es sich für Zeitzeugen gehört. Ich selbst hatte im Zusammenhang mit diesem Thema zwei Privilegien. In den frühen 80er-Jahren gehörte ich zu dem Personenkreis, der in der Berliner Sozialdemokratie die innerparteilich oft kontroverse Diskussion über die Ostpolitik geführt hat. Wir haben über die Ostpolitik, die für uns immer Entspannungspolitik war, nachgedacht, haben Papiere verfasst, aber auch an internationalen Konferenzen teilgenommen, in denen diese Politik Gegenstand der Gespräche war.

Ende 1986, Anfang 1987 – Gorbatschow war noch nicht lange Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion – wandte sich die Botschaft der Sowjetunion an die im Berliner Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien – ich weiß es von der SPD, mit Sicherheit aber auch an die CDU – mit der Bitte um offizielle Gesprächspartner. Ich hatte das Privileg, dass mich meine Partei, mein Landesvorstand, dazu ausgewählt hatte. Wer das in der CDU und der FDP war, weiß ich nicht, aber sicherlich war der eine oder andere dabei. Das war mein zweites Privileg.

Von diesem Zeitpunkt an traf man sich regelmäßig, alle zwei Monate, und zwar – wie es sich gehörte – einmal in Ost-Berlin und einmal in West-Berlin, zu Unterredungen und zum Gedankenaustausch mit Vertretern der Botschaft. Ich möchte jetzt nicht über einzelne Aspekte sprechen. Wichtig ist nur, dass man in diesen Gesprächen einen ziemlich genauen Eindruck über das erhielt, was auf der politischen Ebene in Moskau über die Entwicklung in der DDR gedacht wurde, und das war für die DDR nicht eben schmeichelhaft. Der wichtigste Satz in jedem Gespräch – fast wie ein Mantra – war: Wir lassen uns unsere Entspannungspolitik von der DDR nicht kaputtmachen. – So war man Ende der 80er-Jahre politisch auf die Entwicklung vorbereitet, aber keineswegs auf die Wucht der sich dann doch sehr schnell überschlagenden Ereignisse. Der Fall der Mauer war abzusehen, aber die Wiedervereinigung Deutschlands in diesem Tempo nicht.

Dem steht ein anderes Beispiel gegenüber: Ich empfehle Ihnen die Lektüre der Protokolle der Sitzung des Zentralkomitees der SED in der DDR vom 9. und 10. November 1989, wo dieses Gremium wohl erstmals ausführlich über die desolante wirtschaftliche Lage der DDR informiert wurde. Anders kann man sich das Erstaunen vieler Mitglieder des Zentralkomitees nicht erklären, das aus den Wortmeldungen hervorging. Dieses Wissen hatte das Politbüro offenbar immer für sich behalten. Einer der Redner des Zentralkomitees forderte sogar die standrechtliche Erschießung von Erich Honecker. Das kann man nachlesen.

Das Bemerkenswerteste an dieser Sitzung war allerdings der Morgen des 10. November 1989. Niemand im ZK redete über das, was gerade in der Nacht passiert war, nämlich die Maueröffnung. Vielmehr setzte man die Tagesordnung des vorherigen Tages fort. Erst nach etwa drei Stunden – die Sitzung begann um 9 Uhr, also war es 12 Uhr – meldete sich ein Teilnehmer mit der Frage, was denn eigentlich an der Mauer passiert sei. Das war eine Routinesitzung, bei der es einem – ich habe die Protokolle gelesen – manchmal eiskalt den Rücken herunterlief. Manchmal musste man lachen, aber manchmal erfror man, wenn man das las.

Weshalb ist dieser Hinweis wichtig? – Nur wenige Generationen erleben solche historischen Augenblicke, wie sie uns vergönnt waren, und zwar nicht nur den Zusammenbruch von Staaten, sondern auch den Zusammenbruch einer Weltordnung, an die wir uns gewöhnt hatten und an deren Neugestaltung wir heute und noch über lange Jahre sehr schmerzlich arbeiten werden. Die für mich wichtigste

Erkenntnis aus dieser Zeit ist: Die Weigerung, die Wirklichkeit zur Kenntnis zu nehmen, ist in der Politik der erste und alles entscheidende Fehler. – Das gilt übrigens systembergreifend. Dass West-Berlin nicht Teil der Bundesrepublik sein sollte, war vielleicht juristisch und besatzungsrechtlich richtig, aber politisch immer ein Unsinn – genauso, wie es Unsinn war, die DDR in Anführungszeichen zu schreiben. Politisches Handeln – auch das Berichten darüber – führt immer dann in die Irre, wenn es von einer fehlerhaften Analyse ausgeht. Ich freue mich auf das Gespräch mit unseren politischen Beobachtern. – Vielen Dank!

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Niko Sander! – Bevor wir in die erste Gesprächsrunde einsteigen, möchte ich ein Wort von Wolfgang Schäuble zitieren, das er vor drei Tagen anlässlich einer Ehrung gesagt hat, die ihm für sein bisheriges Wirken in unserem und für unser Land verliehen wurde:

*Es ist ein tolles Land geworden – mehr, als wir je geglaubt haben. Wir haben wahn-sinnig viel erreicht, und wir sollten alle, wo immer wir in Deutschland leben, sehr dankbar sein und dieses Gefühl an die nächsten Generationen weitergeben.*

Ich möchte kurz auf den 4. November 1989 eingehen – einige von Ihnen werden sich erinnern, und vielleicht waren auch einige dabei –, auf die Kundgebung am Alexanderplatz, wo aus Sicht der DDR-Bürger, wie sie es hinterher betitelt haben, Gute und Böse gesprochen haben. Dort wurde die Forderung nach dem Umbau



der DDR erhoben. Der böse Markus Wolf – immerhin 30 Jahre bei der Stasi – und Stefan Heym, ein Guter, haben dort gesprochen. Im Nachhinein haben viele DDR-Bürger, die daran teilgenommen haben oder die Berichte darüber gehört haben, gesagt, das sei die Abschiedsveranstaltung der DDR geworden.

Meine erste Frage an die Damen und Herren, die wir eingeladen haben: An diesem Abend wurde wie in den Wochen zuvor die Forderung erhoben: Wir sind das Volk! – Am 9. November 1989, fünf Tage später, wurde die Forderung erhoben: Wir sind ein Volk! – War das ein Meinungsumschwung in den Gruppierungen, die sich politisch in der DDR engagiert haben? Oder wie ist es dazu gekommen, dass es nach diesem „Wir sind das Volk!“ im Sinne von: Wir wollen unser Leben selbst gestalten, wir wollen den Sozialismus weiterentwickeln – solche Forderungen wurden dort vertreten – plötzlich hieß: „Wir sind ein Volk!“? – Letzteres implizierte ja, dass wir dann bereit waren – auch wir, die wir in der DDR gelebt haben –, uns mit denen in der alten Bundesrepublik zu vereinigen. Wie sehen Sie das? Wie ist es dazu gekommen? – Bitte, Frau Grunert!

**BRIGITTE GRUNERT** *Der Tagesspiegel*: Ich denke mal, dass der 4. November 1989 für die Intellektuellen in der DDR ein wichtiger Tag gewesen ist, denn das hatte nicht die SED organisiert, sondern das haben die Künstler organisiert. Die SED hat sich rangehängt, wahrscheinlich, so vermute ich, um die Sache zu beeinflussen. Jedenfalls war das für die DDR-Bürger sehr wichtig. Dort waren natürlich vor allem Intellektuelle, und die wollten, wofür ich volles Verständnis hatte und auch im Nachhinein noch habe, zunächst mal selbst etwas ändern, wozu sie aber nachher gar nicht mehr gekommen sind. Ich glaube, die haben gar nicht so weit gedacht – an die Einheit. Vielleicht haben sie eines späteren Tages an die Einheit gedacht oder geglaubt, aber sicher nicht dort. Der Mauerfall war hingegen eine Sache, die die übrigen Menschen bewirkt haben, indem sie dorthin gegangen sind und die Posten gezwungen haben, die Schranke zu öffnen. Da die Posten keine Direktive hatten, wussten sie auch nicht, was sie am 9. November machen sollten. – Das sind also zwei unterschiedliche Dinge.

Ich kenne Leute aus dem Osten, die ich schon zu Mauerzeiten sehr gut kannte, für die der 4. November vielleicht sogar wichtiger als der Tag des Mauerfalls ist. Diesen Eindruck hatte ich. Aber das gilt natürlich nicht für alle. Herr Wieland sagte, dass die Menschen in der DDR zunächst einmal eine andere DDR wollten. Ich glaube, das gilt auch nicht für alle. Das gilt für Intellektuelle, aber nicht unbedingt für die einzelnen Menschen.

**DR. ROLF-PETER LANGE**: Herr Müller! Wie sehen Sie das? – Bitte sehr!

**DR. MICHAEL MÜLLER** *Berliner Morgenpost*: Über den 4. November kann ich nicht so viel sagen. Da war ich nicht in Berlin. Aber meine Meinung ist: Das war natürlich von den Künstlern initiiert, aber das waren ja nicht etwa Gegner der SED,

sondern das waren Befürworter. – [**BRIGITTE GRUNERT:** Da war alles!] – Ich denke etwa an diese wunderbare, gelobte, vom Westen umarmte Steffie Spira, eine in der Wolle gefärbte Altkommunistin. Die wurde groß herausgestellt. Oder Herr Markus Wolf wurde bewundert. – [**BRIGITTE GRUNERT:** Er wurde ausgepiffen!] – Ja, aber er wurde im Westen groß beachtet. Also ich muss sagen: Diesen Termin möchte ich nicht überbewerten.

Der Mauerfall hatte seinen Anfang vielleicht am Abend des 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der DDR, wo rund um den Palast der Republik Unruhen entstanden, wo die Menschen protestierten und die Vopos und die Stasi alle Hände voll zu tun hatten. Das war für mich ein entscheidender Tag.

Herr Präsident Wieland sagte vorhin, keiner habe zunächst geglaubt, dass es zu einer Wiedervereinigung kommt, und die Wiedervereinigung habe nicht im Vordergrund gestanden. Dazu muss ich sagen: Ich habe mir den 26. Oktober 1989 notiert, als im Abgeordnetenhaus der Satz gesprochen wurde: Wir sind gegen jede Wiedervereinigungsdiskussion. – Wer hat das gesagt? – Das war der damalige Regierende Bürgermeister. Ich bin am Abend des 9. November an der Grenze gewesen und war auch in Ost-Berlin. Da hat mir einer gesagt: Das ist für mich der Tag der Wiedervereinigung! – Es war doch nicht so, dass keiner darüber gesprochen hat, sondern das war schon in den Köpfen vorhanden.

**BRIGITTE GRUNERT:** Ich wollte eine Ergänzung dazu machen, wenn ich darf.

**HANS-JOACHIM LORENZ ARD-Journalist:** Vielen Dank, Frau Grunert! Machen Sie es ruhig, ich habe Geduld.

**BRIGITTE GRUNERT:** Ich wollte sagen, dass ich das eigentlich ganz anders empfunden habe. Ich hätte mir nichts sehnlicher gewünscht, aber ich war sehr vorsichtig hinsichtlich der Frage, wann und wie es zur Einheit kommen würde. Es gibt Menschen – das muss man ihnen auch konzедieren –, zu denen auch ich gehörte, die sagen: Im Auge des Orkans sieht man erst mal gar nichts, und ein paar Wochen oder Monate später dämmert es einem dann.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Der 4. November und der 9. November haben einen inneren Zusammenhang, aber nicht den, dass aufgrund des 4. November am 9. November die Mauer gefallen ist. Da gibt es andere Vorläufe, und vielleicht muss man auch vom 4. November aus ein Stück zurückgehen. Der 4. November war so etwas wie eine seelische Öffnung für viele, die versuchten, das Regime wegzufegen, für andere, die versuchten, es zu reformieren, und für andere, die versuchten, es auf irgendeinem Weg noch zu verteidigen. Ich erinnere mich, dass beispielsweise auch Günter Schabowski am 4. November auf dem Alexanderplatz gesprochen hat, in dem Versuch – obwohl er wusste, was auf die Partei, das ZK und das Politbüro zukommen würde –, doch in irgendeiner Form noch diese Republik zu verteidigen.

Er wusste natürlich auch um das, was man schon in der Pipeline hatte, was das Reisegesetz und Ähnliches betraf. Es ging ihm also darum, einen sanften Übergang hinzubekommen, um die damalige DDR noch in irgendeiner Form zu retten und das Volk, aus unterschiedlichsten Strömungen zusammenkommend, zu beruhigen.

Das hatte seinen Vorlauf, den man bis Mitte der 80er-Jahre zurückdrehen könnte, aber das würde jetzt zu weit führen. Ich möchte jedoch gerade auf die Bürgerbewegungen verweisen. Die entstammten zumeist den Kirchen, und deshalb gab es so viele Pfarrer, die sich dort engagierten – von der Schrippen-Kirche über die Gethsemanekirche bis hin zu den in politische Kundgebungen umfunktionierten Blues-Gottesdiensten in der Samariterkirche von Rainer Eppelmann beispielsweise. Da hatte sich etwas aufgestaut. Es waren Intellektuelle, aber es waren auch Menschen, die einfach das Bedürfnis hatten, sich frei äußern zu dürfen. Das waren nach meinen Gesprächen und nach meiner Erinnerung nicht immer nur Intellektuelle, aber dass Intellektuelle dann häufig die Wortführer waren, das steht dann auch sicher dahin – beispielsweise Friedrich Schorlemmer, Konrad Weiß, der Filmregisseur, oder Freya Klier. Die sind dann nachher relativ schnell wieder aus der Politik ausgestiegen. Das hat Herr Wieland bereits erwähnt.

Der 4. November war so etwas wie ein Widerstreit der Meinungen, über Stunden auf dem Alexanderplatz vor rund einer halben Million Menschen – ich glaube, das war die größte Demonstration, die es je in der DDR gegeben hat –, aber mit der sehr starken Tendenz: Wir wollen etwas anderes! – **[BRIGITTE GRUNERT: Genau!]** – Das war – wenn ich euch da etwas widersprechen darf – nicht nur auf die Intellektuellen beschränkt. Ich habe vorhin das Wort „Klassentreffen“ gehört. Dort hinten sitzt ein Kollege von uns, den auch ich sehr schätze, nämlich Hans-Rüdiger Karutz, der das damals renommiert für die „Welt“ berichtet hat.

Der 9. November war ein Zufallstag. Sie alle wissen das, und auch ich weiß das. Ich hatte später einmal die Gelegenheit, mit Günter Schabowski ein langes Gespräch zu führen, und habe ihn dabei gefragt, wie es dazu kam, dass er so – die Brille war schon auf die Nasenspitze gerutscht – auf Nachfrage sagte: Ja, ja, unmittelbar, sofort! – Er hat mir gesagt: Das Reisegesetz war im Umlauf und sollte eigentlich am nächsten Tag, am 10. November, verkündet werden. Es war im Umlaufverfahren durch alle Ministerien. Da gab es stellvertretende Minister und auch stellvertretende Staatssekretäre. Er sagte mir, es hätten insgesamt an die 60 Unterschriften darunter gehört, um das durchgehen zu lassen. Er wollte sich vergewissern, ob alle darunter standen, aber konnte es irgendwie nicht mehr richtig registrieren, dachte dann, darauf kommt es eigentlich nicht mehr an, und sagte deshalb: Ja, sofort!

Diesen Ruf „Wir sind das Volk!“ und dann „Wir sind ein Volk!“ haben nicht alle ausgebracht, aber sehr viele. Es war die ungeheure Freude, die ich an verschiedenen Grenzübergängen erlebt habe. Das erste Mal war es am Grenzübergang an der Sonnenallee. Ich kam von einem Jubiläumsgeburtstag, denn Ulrich Schamoni,

der Gründer von „Radio Hundert,6“, feierte in den Neuköllner Festsälen seinen 50. Geburtstag. Dort erreichte mich die Nachricht – im C-Netz damals –, und ich bin von dort aufgebrochen, Kamerateam und alles organisiert, und der nächste Grenzkontrollpunkt war der an der Sonnenallee. Dort liefen die Menschen einander in die Arme. Aus dem Osten kam ein sehr großer Schwall, und es kamen auch viele West-Berliner. Dort ist das Gefühl entstanden: Jetzt gehören wir zusammen. – Das ist meine subjektive Empfindung gewesen, die ich nachher auch am Brandenburger Tor oder sonst wo gespürt habe. Das war erst mal subjektiv. – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Und das waren keine Intellektuellen!]) –Auf die politischen Bewertungen kommen wir sicherlich später noch mal zu sprechen.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Hans-Joachim Lorenz! – Auf den Mauerfall selbst kommen wir noch zu sprechen, aber jetzt noch mal zur unmittelbaren Vorphase: Wir hatten das Vergnügen, vor einem Jahr Frau Bergmann zu unserer 30-Jahr-Feier bei uns zu haben. Sie war damals engagiert und hat die gesamte Entwicklung mit beeinflusst, und sie sagte uns: Mit der Kerze in der Hand haben wir die Diktatur aus den Angeln gehoben. – Sie wies auch darauf hin, dass es zu diesem Zeitpunkt noch keinen einheitlichen Willen in der DDR gab. Für viele Menschen war es die Situation einer Grenze zwischen Anpassung und Widerstand gegenüber diesem Regime, das so viele in Schwierigkeiten gebracht hatte.

Ich möchte gern wissen, wie Sie das bewerten. Aus der Bürgerrechtsbewegung ist ja dann die Bürgerbewegung gekommen. Das hat eine neue Qualität bekommen. Frau Bergmann meinte, auch das sei ein Phänomen, eine Erscheinungsform, die viel zu wenig berücksichtigt wird, dass nämlich der Beitrag der DDR zu einer friedlichen, demokratischen Wende überhaupt erst die Wende in anderen Ostblockstaaten ermöglicht und beeinflusst hat. Wie sehen Sie das?

**BRIGITTE GRUNERT:** Das kann gut sein. Aber wie passt das damit zusammen, dass die Veränderungen mit Solidarność in Polen und dem Durchschneiden des Grenzzauns zwischen Österreich und Ungarn begannen? – Das war zwar erst 1989, aber dazwischen waren auch noch einige andere Sachen, wo es im Osten gäbe – in Polen und in der Tschechoslowakei, obwohl die das unterdrückten. Wie passt das zusammen? – Natürlich haben die sich auch gegenseitig beeinflusst, das denke ich schon. Das ging in der DDR ziemlich früh los, nämlich genau mit den Blues-Messen von Eppelmann in der Samariterkirche. Das genau war der Anfang.

**NIKOLAUS SANDER:** Darf ich eine kurze Bemerkung machen? – Ich war am 4. November in Prag. Wir trafen uns dort mit politisch Verantwortlichen der Stadt und Leuten aus der Bürgerrechtsbewegung. Die sagten: Sagt mal, was ist eigentlich in Ost-Berlin los? Bei uns passiert überhaupt nichts. – Und zwei Wochen später war dort auch alles vorbei. Ich möchte damit nur sagen: Für die Tschechoslowakei – das war das, was Frau Bergmann meinte – war auf jeden Fall der entscheidende Punkt, dass in der DDR etwas passierte.

**BRIGITTE GRUNERT:** Ich denke, in Prag war auch das Potenzial da, nur die Regierung war dort so bockig.

**NIKOLAUS SANDER:** Aber das Potenzial war nicht wach.

**INGRID STAHMER:** Zu diesem Erlebnis „4. November“ möchte ich etwas anfügen. Wir waren nämlich zusammen in Prag. Die Botschaft war leer, aber ein paar Journalisten rannten dort herum. Da erneut Tausende von DDR-Bürgern mit dem Zug in die Tschechoslowakei gekommen waren, um dann weiter in die Bundesrepublik zu reisen, sagte ich: Na, dann ist die Mauer ja sowieso überflüssig geworden. – Ich hörte dann später: Du bist in der „New York Times“ zitiert: Berliner Bürgermeisterin wusste es vorher. – Also so genau wusste ich es nicht, aber das war genau bei der Reise am 4. November, wo dann gesagt wurde: Ja, das haben die schon gewusst, dass das passieren würde.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Der Einfluss aus Polen war unübersehbar, und der polnische Papst hielt 1979 mit seiner Rede schützend seine Hand über die Polen, die nicht mehr mit der kommunistischen Regierung einverstanden waren. Das war das, was sich dann als Solidarność herausbildete und sich aufbaute. Das war auch für die Kirchen – hier jetzt die Evangelische Kirche in der ehemaligen DDR – mit ein Signal, dass sich unter dem Schutz eines Kirchenhauses so etwas wie friedlicher Widerstand herausbilden konnte.

Dass sich das nachher dermaßen aufbaute, dass daraus Bürgerbewegungen entstanden, war zum frühen Zeitpunkt in den 80er-Jahren sicher noch nicht erkennbar, aber in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre sicher. Das war deshalb umso bemerkenswerter, weil man das in Osteuropa – sowohl in der Tschechoslowakei, die damals ja noch ein Staat war, als auch in Ungarn – aus meiner Sicht zur damaligen Zeit noch nicht so wahrgenommen hat. In Polen allerdings – ich war später auch beruflich lange in Polen unterwegs und habe mich dort mit vielen Menschen unterhalten – hat man das sehr wohl bemerkt, was sich hier aufgetan hat. Dort gab es eine enge Korrespondenz auch im Geiste. Selbst dann, wenn man intellektuell und vom Gedankenaustausch her nicht sehr viel miteinander machen konnte, so konnte man sich über die Medien und vor allen Dingen über die elektronischen Medien miteinander austauschen. Insofern ist aus der ehemaligen DDR nachher schon ein Signal in Richtung Ostblock gegangen. Davon bin ich fest überzeugt.

Ich möchte aber auch sagen: Unsere polnischen Nachbarn haben vorher mit Solidarność und dem, was sie im friedlichen Widerstand gegen ein kommunistisches Regime geleistet haben, ein sehr bedeutsames Zeichen gesetzt. Das hat ein Vorbild gegeben, sodass es nachher auf den Ostblock übergeschwappt ist. Ich denke beispielsweise an die Balten, an die Ungarn zur damaligen Zeit und auch an Rumänien und Bulgarien. Das kam nachher zeitversetzt wie in einem Dominospiel. Ein Stein nach dem anderen ist umgefallen.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich weiß nicht, ob sich noch jemand daran erinnert, dass sich ab etwa Anfang November jeden Tag ein Strom von Autos aus dem Osten über die Tschechoslowakei in die Bundesrepublik ergoss. Ich war selbst in Schirnding an der Grenze und habe mit diesen Leuten gesprochen. Das ist nicht gegen die Regierung geschehen, sondern die Tschechen haben dazu beigetragen. Es ist klar, dass wir uns daran erinnern müssen, was sich dort in diesen Wochen alles ereignet hat.

Es wurde vorhin erzählt, wie Schabowski am 9. November seine voreilige Verkündung machte. Ich war damals – um 22 Uhr oder 22.30 Uhr – zu Hause und bin von der Redaktion angerufen worden. Mir wurde gesagt, dass im Rathaus Schöneberg der Senat zusammengetreten ist und dort tagt – an diesem Abend. – [**BRIGITTE GRUNERT:** Ja, richtig!] – Ich weiß nicht, ob du auch da warst. – [**BRIGITTE GRUNERT:** Ja!] – Ich bin dann dorthin gefahren, und der Senat war im Goldenen Saal, aber Herr Momper war nicht dabei. Herr Momper ist zum SFB gefahren. Da kam er ins Fernsehen. – Nein, er ist nicht deswegen dorthin gefahren, sondern er meinte natürlich, dass das ungeheure Verkehrsprobleme bringen würde – für die BVG und so weiter –, sodass er das, was er dazu zu sagen hatte, auch gleich der Bevölkerung verkünden wollte.



AUFMERKSAME ZUHÖRER IM PUBLIKUM

Die Senatoren saßen im Goldenen Saal, es kam immer mal einer heraus, und auch der Pressesprecher, Herr Kolhoff, kam heraus, aber nichts geschah, und Momper kam nicht mehr. Um 23.30 Uhr sind wir dann gegangen. Der Senat ist gegangen, und dann sind auch wir gegangen, und eine Kollegin sagte, sie habe den Auftrag von ihrer Redaktion, an die Grenze zu fahren, ob ich mitkommen wolle, sie habe kein Auto dabei. Also sind wir zur Chausseestraße gefahren, aber dort konnte man nicht hinein, sondern es kamen Autos heraus. Wir sind dann von dort zur Bornholmer Straße gefahren, zur Bösebrücke, und dort kam mir ein Kollege vom SFB entgegen und sagte: Hör mal! Du kannst hier durch. Ich komme gerade von drüben. – Dort war ein unheimlicher Betrieb. Es hatte sich inzwischen sehr viel entwickelt. Ich bin nach Hause gekommen – ich habe die Unart, Tagebuch zu führen – und habe um 2.30 Uhr mein Tagebuch begonnen.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Herr Müller! – Ich möchte noch mal kurz auf die Situation in der DDR unmittelbar vor dem Fall der Mauer eingehen. Es wird berichtet, dass ein erheblicher Teil der Bevölkerung auch unter Verklärung der – in Anführungszeichen – sicheren Lebenswelt in der DDR sehr skeptisch war. Die Forderung war: Wir wollen den Sozialismus behalten, wir wollen ihn neu gestalten, wir wollen ihn reformieren und in eigener Regie weiterentwickeln.

Wie man den Protokollen und anderen Dokumenten entnehmen kann, gingen die Forderungen ja so weit, dass man sagte: Die alten Machthaber, die wir haben, müssen wir umerziehen. – Da war die Forderung sehr plakativ: Stasi in die Produktion! – Also diejenigen, die jahre- und jahrzehntelang dieses DDR-System stabilisiert und die Bevölkerung drangsaliert haben, die sollten da bleiben. Und auch der Wille, die DDR zu verlassen – wir sind jetzt beim 9. November –, war nicht überall ausgeprägt, sondern viele hatten doch noch die Hoffnung, dass man die DDR reformieren könne, gestützt dann auch auf die Ereignisse, die im Dezember in der DDR eintraten. Wenn man sich die Aufzeichnungen vom Runden Tisch anschaut, sieht man, dass die Teilnehmer oft die Demonstrationen, die Streiks und die Aufrufe unterstützt haben. Sie haben Unterschriftensammlungen gemacht. Es kam auch zur Besetzung der Stasizentralen. Insofern denke ich, dass man das Bild sehr differenziert zeichnen muss. Ist Ihnen das in Gesprächen mit den Menschen aufgefallen, die damals aus der DDR herüberkamen?

**BRIGITTE GRUNERT:** Nein, da ist es mir nicht aufgefallen. Das war eine Zeit, in der jeden Tag ungeheuer viel los war und wo das, was heute Mittag gesagt wurde, abends nicht mehr wahr war, und umgekehrt. Das ist mir nicht aufgefallen, aber wir haben schon festgestellt – und daran besteht heute historisch gesehen auch gar kein Zweifel –, dass es in der DDR Menschen gab, die eine andere DDR wollten oder zunächst eine andere DDR wollten und erst dann die Einheit oder gar keine Einheit. Es gibt immer alles, aber die Mehrheit war sehr schnell auf dem Trip. Sie werden es nicht glauben: Herr Modrow kam im Januar aus Moskau und sagte: Jetzt wollen wir die Einheit! – So einfach war das, und da war das überhaupt keine

Frage mehr. Dass diese ersten Monate nach dem Mauerfall eine ungeheuer aufregende Zeit und etwas Unglaubliches waren und dass da vieles durcheinander ging, das ist ja wohl allgemein menschlich zu verstehen.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich möchte auch noch eines dazu sagen: Es war nicht nur im Osten so, sondern es gab auch auf unserer Seite sehr viele Leute, die keine Wiedervereinigung haben wollten. – Selbstverständlich! Ich will keine Partei nennen. – **[BRIGITTE GRUNERT:** Ja, die Grünen wollten sie nicht! – **KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Lafontaine – damit fing es an!]) – Es gab viele, die sich bis zum Schluss dagegen sträubten.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Das Letzte, was Michael Müller gerade gesagt hat, kann man sehr wohl unterstreichen. Die große Mehrheit in der ehemaligen DDR wollte die Einheit. Es gab einige, die sich eingerichtet hatten – und die waren häufig in Wissenschafts- und Intellektuellenkreisen zu finden –, die wollten das nicht. Auch solche Leute wie Konrad Weiß oder Friedrich Schorlemmer: Da gab es nachher sogar Risse in den Bürgerbewegungen selbst. Im „Demokratischen Aufbruch“ beispielsweise stand Eppelmann gegen Schorlemmer, der dann rausgegangen ist. Da gab es durchaus unterschiedliche Linien – auch bei „Demokratie jetzt“ und im „Neuen Forum“. Da war man sich nicht einig. Aber das bildete aus meiner Sicht – und das hat nachher das Wahlergebnis vom 18. März 1990 gezeigt – nicht die Mehrheit in der Bevölkerung der ehemaligen DDR ab.

Und jetzt noch ein Satz zu dem, was Michael Müller gerade angerissen hat, wenn er auch keine Parteien nennen wollte: Ich sage das mal aus der großen Distanz heraus und im Respekt gegenüber Frau Stahmer, die dort hinten sitzt, und anderen Mitgliedern der SPD, auch gegenüber dem Parlamentspräsidenten: Es ging für Walter Momper darum, sich wiederzusehen, und nicht darum, sich wiederzvereinigen. Es hieß: Mit Deuschtümelei kann ich nichts anfangen. – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** O-Ton!]) – Ich habe einen langen Briefwechsel mit dem damaligen Senatssprecher, Herrn Kolhoff, geführt, der meinte, gegen diese Art der Berichterstattung protestieren zu müssen, aber ich hatte das im O-Ton vom Abgeordnetenhaus abgenommen. Es gab also auch innerhalb der SPD Risse – Momper steht hier vielleicht für die eine Seite, aber es gab auch viele andere, die für die andere Seite standen –, und man war sich auch dort nicht einig, weil die Dinge – Brigitte Grunert hat es richtig gesagt – unübersichtlich waren und das, was morgens zählte, abends nicht mehr zählte.

Festzuhalten ist, dass bedauerlicherweise aus meiner Sicht der Mann mit dem roten Schal zu diesem Zeitpunkt mit der deutschen Einheit und auch mit dem „Wir sind ein Volk!“ nichts anfangen konnte und das auch verbal sehr deutlich ausgedrückt hat. Das ist historisch ein Teil der Wahrheit. Das muss man einfach so sagen. Aber ich möchte nicht, dass Sie das als Bashing verstehen, sondern wir reden über das, was damals war, und damals wussten nicht alle, wie sich das

25 Jahre später entwickelt haben wird. Für mich als Berichterstatter war das objektiv so. – [INGRID STAHMER: Aber es war eine Folge der DDR-Opposition!] –

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Jetzt lassen Sie uns mal die Phase nach dem Fall der Mauer vom 9. November 1989 bis zum 3. Oktober 1990, diese elf Monate, in den Blick nehmen und schauen, was damals in der DDR passiert ist. Einige haben die Analyse durchgeführt und gesagt, dass man das nur als ein „kurzes Jahr der Anarchie“ bezeichnen kann – es herrschte dort grenzenlose Freiheit. Es gab natürlich ganz mehrheitlich die Aufbruchsstimmung, und man lehnte sich gegen Obrigkeiten auf. Es wird berichtet, dass diejenigen, die bisher herumkommandierten, die Uniformträger, nicht mehr akzeptiert wurden.

Die Ordnungshüter selbst waren in ihrer neuen Rolle völlig entwöhnt, weil sie eigentlich darauf gedreht waren, Befehle zu empfangen. Es gab kaum noch Autoritäten, und Polizeistunden wurden beispielsweise ignoriert. Es wurden sogar kleine Dorfrepubliken in der DDR gegründet wie z. B. in Rüterberg an der Elbe. In Leipzig wurde ein eigener TV-Sender gegründet. „Kanal X“ ging auf Sendung. – [GÜNTER TOEPFER: Das ist doch aber keine Anarchie! Wir haben keine Sachen geklaut wie die Vorgänger!] – Nein! „Anarchie“ muss man sich in Anführungszeichen denken. Diese elf Monate wurden als eine Situation bezeichnet, die sehr schwer durchschaubar war und in der wenig Ordnung herrschte. Ob das nun Anarchie gewesen ist, das ist eine Frage der Bezeichnung. Ich habe diesen Begriff aufgenommen und habe berichtet, dass das so definiert wurde. – In den Nationalen Volksarmeen wurden Soldatenräte gebildet. Es gab Gefangenerevolten, und es wurden unabhängige Sachbuchverlage gegründet. Noch mal ein Zitat: „Es war eine herrliche, eine vitale Zeit. Es hätte dem vereinten Land gutgetan, wenn sie noch etwas länger gedauert hätte.“

Das sind Meinungen, die über die damalige Situation und die Entwicklung in der DDR geäußert wurden. Ich frage die Kollegen hier vorne: Wie sehen Sie das? Wie haben Sie die elf Monate bis zum 3. Oktober empfunden, als die Wiedervereinigung dann vollzogen wurde?

**BRIGITTE GRUNERT:** Sie haben „Die Zeit“ gelesen, in der sich ein Artikel mit dieser Frage befasst hat. Das war allerdings ein Ausschnitt aus dem Leben in der DDR, und das bedeutete nicht, dass auf der Regierungsebene nichts passiert ist und es keine anerkannten Persönlichkeiten mehr gab. Es haben viele Leute sehr früh auf Helmut Kohl geblickt. Das darf man nicht vergessen. Es haben sehr viele Leute auf Willy Brandt geblickt, und viele haben auf westdeutsche Politiker geblickt, aber auch auf die eigenen Politiker, insbesondere nach der Wahl von Lothar de Maizière usw.

Das, was jetzt das „Jahr der Anarchie“ betrifft, war unten im Volk irgendwo ganz lustig und muss man auch nicht verkennen, aber es hatte keine besondere Bedeu-

tung für die elf folgenden Monate. Mich interessiert bis zum heutigen Tag, warum Momper gesagt hat, er sei nicht für die Einheit, oder das zumindest zu verstehen gegeben hat. Ich frage mich immer, ob das mit Rücksicht auf diejenigen in der DDR geschah, die selbst etwas gestalten wollten, oder ob das zu diesem Zeitpunkt seine wirkliche Überzeugung war. Aber gut! Ich frage mich das, aber man wird das nicht aufklären, und er hat auch in seinem Buch nichts darüber geschrieben.

Aber die elf Monate waren doch wahnsinnig aufregend, und ich möchte jetzt mal einen Ausschnitt nehmen, nämlich die Geschichte mit dem Berliner „MagiSenat“. Zunächst einmal zum 10. November: Der 10. November war wohl ein fürchterlicher Tag. Darüber werden sich alle einig sein. Es war mir vollkommen schleierhaft, wie eine versammelte politische Gesellschaft so ausrasten konnte – bei dieser merkwürdigen Abgeordnetenhaussitzung und bei der noch merkwürdigeren Kundgebung. Am allermerkwürdigsten war dieser furchtbare Katzengesang der Nationalhymne. Ich habe dann in meinem hellgrünen Wintermantel am offenen Fenster des Rathauses Schöneberg gestanden und mit dem einen Auge vor Glück geweint, dass die Mauer nun offen war und etwas Besseres kommt, aber mit dem anderen Auge habe ich eigentlich vor Wut geweint. Offen gesagt: Das war das einzige Mal in meinem Leben, wo ich mich für sämtliche Politiker richtig geschämt habe. Das war etwas, was ich nicht vergessen werde, und ich habe lange darüber gerätselt, warum das so war. Wahrscheinlich war es ein Menetekel, das schon darauf hindeutete, wie stark – neben der Freude – Ängste wirkten, alle möglichen Ängste, die ja dann auch aufkamen.

Das ging ja dann auch sehr schnell los. Es kam die Währungsunion und die von der Volkskammer der DDR – von sonst niemandem – beschlossene Treuhandanstalt. – **[FRITZ NIEDERGESÄSS:** Die hat Modrow beschlossen!] – Wie bitte? – **[FRITZ NIEDERGESÄSS:** Die kam von Modrow!] – Ja, genau! – Kaum gab es die, da ging das schon mit der Arbeitslosigkeit und den Warteschleifen los. Das war natürlich für die DDR-Bürger etwas, was sie als schlimm empfanden, denn sie kamen zwar aus einer furchtbar bescheidenen, aber doch relativen materiellen Sicherheit und brauchten – – **[FRITZ NIEDERGESÄSS:** Na, na!] – Wie bitte? – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Das ist doch Geschichtsklitterung, was hier abläuft! – Fritz Niedergesäß: Vielleicht fragt ihr mal jemand aus dem Osten!] – Wieso?) – Lassen Sie mich doch mal ausreden! – **[NIKOLAUS SANDER:** Darf ich mal kurz daran erinnern, dass wir nicht in einer Abgeordnetenhaussitzung sind!] –

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Frau Grunert – bitte fahren Sie fort!

**BRIGITTE GRUNERT:** Also, wenn ich missverstanden worden bin, bitte ich vielmals um Nachsicht. Ich wollte sagen: Es hatte in der DDR jeder eine Arbeit. Es gab keine Arbeitslosigkeit. – **[FRITZ NIEDERGESÄSS:** Das stimmt auch nicht!] – Sie hatten auch keine Arbeitslosenversicherung. Diese Situation hatten die DDR-Bürger nachher nicht mehr, und das hat die gesamten 90er-Jahre im innerdeutschen

Ost-West-Verhältnis nachgewirkt. – Das wollte ich sagen und nichts anderes. Und es ist auch keine Schande, und darüber braucht man sich auch nicht aufzuregen, sondern das ist einfach ein Faktum.

Ich wollte aber noch auf etwas anderes zu sprechen kommen: Der „MagiSenat“ war doch eigentlich ein Glücksfall, denn der hat in Berlin diese Gemeinsamkeiten doch ziemlich schnell befördert. Das war doch eine schöne Sache. Und ich werde auch nie den Oberbürgermeister Schwierzina vergessen, der eine Art hatte, mit Humor und Freundlichkeit Wahrheiten zu sagen, die die Leute nicht wütend machten, aber zum Nachdenken brachten. Er erklärte z. B. – das gehört nämlich auch zu diesem Jahr 1990 –: Ich als Oberbürgermeister verdiene weniger als der Fahrer des Regierenden Bürgermeisters. – Und damit hatte man schon mal eines dieser Probleme, die die Einheit nach der beseligenen Nacht der Maueröffnung mit sich brachte, ganz schön beim Wickel. Und später hatte Diepgen über die gesamten 90er-Jahre hin daran zu tragen und dafür zu sorgen, dass sich die Verhältnisse angeglichen haben oder die Verhältnisse angeglichen wurden. Dafür hat das Land Berlin die Tarifgemeinschaft deutscher Länder verlassen müssen. Da gab es sehr viel Theater. Denn, wie Diepgen immer sagte, über die Distanz einer Straßenbreite war alles anders und musste es anders werden.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich habe mich natürlich auch über diesen „Magi-Senat“ gefreut, aber das hat sich jetzt fast so angehört wie, als würden wir bedauern, dass er nicht bis heute existiert. – **[BRIGITTE GRUNERT:** Nein, überhaupt nicht!] – Es musste irgendein Gremium geben, das die Wiedervereinigung der Stadt vorantreibt, und insofern ist es doch eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass es den gab.

Ich kann mich nur noch erinnern, dass Herr Momper Herrn Modrow traf und mit ihm einiges vereinbart hat. Und dieses Treffen hat am 12. Dezember stattgefunden – im Gerhus. – **[BRIGITTE GRUNERT:** Ja, im Gerhus war die Pressekonferenz!] – Das war das zweite Treffen im Senatsgästehaus. Es gab also ein Treffen, und da haben die einen Ausschuss für die Annäherung Berlins und der DDR – der Länder bzw. der damaligen Bezirke der DDR – vereinbart. Also praktisch ein Vorläufer einer Fusion zwischen Berlin und Brandenburg! Ich kann mich noch daran erinnern, dass Momper aus Potsdam zurückkam und total empört war, denn dort in Potsdam waren die NRW-Leute eingerückt, und sie haben verhindert, dass die überhaupt noch groß Kontakt mit Berlin haben durften. Berlin und Brandenburg haben dann später den vergeblichen Versuch zu einer Fusion unternommen. Die hätten wir schon 1990 oder 1991 haben können, aber das hat NRW verhindert, und zwar, um Berlin kleinzuhalten, weil Berlin nicht Hauptstadt werden sollte.

Das war die damalige Situation. Für mich ist aus dem Jahr 1990 dieses in großer Erinnerung, dass das so kam. Dann ist natürlich der Wahlkampf für die Wahlen am 18. März 1990 zu nennen. Das war doch eine aufregende Geschichte. Dann die

Währungsunion am 1. Juli 1990. Das waren doch Marksteine, die plötzlich alles geändert haben.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Herr Müller! – Damit wir auch alle wissen, worüber wir reden, will ich noch mal zur Chronologie sagen: Wir waren eben beim 18. März 1990, dem Tag der Wahl zur Volkskammer der DDR – die letzte Wahl und die einzige Wahl zur Volkskammer, die nach demokratischen Grundsätzen durchgeführt wurde. Da gab es übrigens eine Wahlbeteiligung von 93,4 Prozent. Das haben wir wohl bei allen Wahlen danach, wo immer sie stattfanden, nie wieder erreicht. Auch die Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 1990 hatte mit 70 Prozent eine Beteiligung, von der wir heute träumen.

Ich möchte noch mal kurz zu Frau Bergmann kommen, die dort sehr aktiv beteiligt war – sie war Präsidentin der Berliner Stadtverordnetenversammlung –, und auf die Schwierigkeiten aus der Sicht derjenigen hinweisen, die aus der DDR stammten und dort mitgearbeitet haben. Das waren jetzt demokratische Gremien mit parlamentarischen Spielregeln. Das kannte man nicht, und daran musste man sich erst gewöhnen. Es kamen viele DDR-Bürger in parlamentarische Ämter, auf die sie nie hingearbeitet hatten. Das ist in unserer alten Bundesrepublik etwas anderes, wir bereiten uns auf die Ämter vor, und viele arbeiten auch über die Parteien auf parlamentarisch-politische Ämter hin.

Frau Bergmann sagte, auch in den Einheitsausschüssen hätten sie sehr ernsthaft eine eigene Verfassung diskutiert und versucht, die Grundlage eines eigenen Verfassungsentwurfes auf der Basis dessen zu skizzieren, was an den Runden Tischen diskutiert wurde. Das Ziel dieser politisch Aktiven war immer – und das dürfen wir, diejenigen, die im Westteil der Stadt aufgewachsen sind und agiert haben, nicht vergessen –, auf Augenhöhe mit denjenigen zu kommen, die bereits politische Erfahrungen hatten, und das war nicht immer ganz einfach.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Diese elf Monate waren aus meiner Sicht ein Fasinosum. Es ist ein Staat zusammengebrochen und damit im Grunde genommen auch alles das, was ihn in den Grundfesten, soweit man das so beurteilen kann, ausmachte. Es gab also über Nacht oder innerhalb weniger Wochen eigentlich keine Regeln mehr. Sie waren noch da, aber sie wurden kaum noch beachtet, weil jeder wusste, dass es nicht mehr so bleiben wird, wie es war, und jeder Stein ist umgedreht worden. Modrow ist hier schon genannt worden.

Ich will mal damit anfangen, dass das politische System versuchte, sich noch selbst zu retten bzw. umzugestalten. Aus der SED wurde die SED-PDS, und das „SED“ hat man dann nachher noch gestrichen. Gregor Gysi war der intellektuelle Kopf, der wusste, dass man, wenn man sich nicht in eine neue Richtung bewegt, möglicherweise – er hat die Straßen beobachtet – untergehen wird. Und allein dort in der kommunistischen SED gab es natürlich dann auch die unterschiedlichsten



Ideen, wie man überleben kann – Reformen oder zurück zu den alten Strukturen –, aber Modrow gab den Ton damals vor und gab ihn doch damals an.

Mit Blick auf die Wahlen am 18. März 1990 mussten sich die politischen Gruppierungen – so nenne ich sie mal – in politische Parteien umwandeln. Die „Allianz für Deutschland“ wurde mithilfe der West-CDU gegründet. Sie bestand aus der CDU, der DSU – die war sozusagen der Ableger aus dem Süden in Sachsen und Thüringen – und dem „Demokratischen Aufbruch“. Die SPD war auch in den offiziellen Umfragen sehr stark und glaubte, dass sie mit Ibrahim Böhme, der dann später als Stasi-Mitarbeiter enttarnt wurde, den Ministerpräsidenten stellen könnte. Übrigens ging es dem „Demokratischen Aufbruch“ nicht sehr viel besser. Sie hatten auch jemanden an der Spitze, der als Stasi-Mitarbeiter enttarnt wurde, und dort fand dann ein Wechsel in Richtung Rainer Eppelmann statt.

Es tat sich also unglaublich viel. Die Gewerkschaft – der FDGB – fing an, sich aufzulösen. Ich selbst kenne jemanden, der dann eine große FDGB-Kundgebung im Januar 1990 auf dem Gendarmenmarkt – dieser hieß damals noch „Platz der Akademie“ – auf den Stufen vor dem Schauspielhaus gemacht hat, und dort wurden die ersten massiven Forderungen laut, dass der FDGB sich auflösen müsste. Die Initiatoren kamen von der FDGB-Gewerkschaft Energie und Wasserwirtschaft. Das heißt, ein ganzes System brach in sich zusammen – von den Parteien, alt, bis hin zu den Bürgerbewegten, neu in Parteienformen gegossen, über Mitbestimmungsgremien, soweit sie dann echte waren. Ein ganzes politisches System ist im Grunde

genommen Stück für Stück, aber relativ schnell zerbröselte und zerfiel, und damit gab es kaum in irgendeiner Form Regeln. Ich habe mal gesagt: Es war eigentlich eine kurze Zeit wie eine Wildwestzeit, die vieles ermöglichte, vieles zerstörte, vielleicht auch das eine oder andere Positive zerstörte, aber auch aufbaute.

Das Zweite – und ich breche es mal auf Berlin runter –: Wir hatten in Berlin drei Verwaltungen. Wir hatten die Verwaltung West-Berlin, die auch immer eine Struktur hatte, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wir hatten die Magistratsverwaltung Ost-Berlin, und es gab die Beamten und Mitarbeiter der ehemaligen Ministerien der DDR. Es gab einen großen Personalüberhang. Dieses Problem musste in irgendeiner Form – finanziell oder wie auch immer – bewältigt werden, und zwar so, dass man davon ausgehen konnte, dass sich die Leute nicht gegen das, was sich neu bildete, wendeten, sondern sagten: Wir haben da unsere Zukunft.

Es war ein gewaltiges Problem, diesen Ballen Berlin sozusagen auch verwaltungstechnisch in irgendeine vernünftige Struktur zu bringen – dann hin zur Wirtschafts- und Währungsunion. Es war nicht nur die Währungsunion, es war die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, so hieß es damals. Ein Dreiklang sollte es sein. Alle Leute haben natürlich nur auf die Währung geschaut und auf das, was sich daraus ergeben hat. In diesen elf Monaten wurde parallel dazu der Einigungsvertrag ausgehandelt. Ich gucke jetzt nicht nur auf Berlin, sondern auf die beiden noch immer existenten Teilstaaten DDR und Bundesrepublik. Was sich da zwischen Günther Krause und Wolfgang Schäuble entwickelt hat, wo wirklich um vieles gerungen wurde, wo auch die Vertreter der DDR bemüht waren, das, was sie als Gutes empfanden, nämlich in irgendeiner Form Sicherheit und Solidarität mit Blick auf das, was auf sie zukommen sollte, zu erhalten, das war schon gewaltig.

Damit spielte auch das Problem der Treuhand natürlich eine riesige Rolle. Wie sollte man dieses abfedern? Die DDR war ein Land, bei dem man davon ausging, dass es – so sagten alle Wirtschaftswissenschaftler der Welt – zu den 16 erfolgreichsten Ländern der Welt gehört und prosperiert, aber man hat dann festgestellt, dass die Produktivität nur bei 35 oder 36 Prozent des Westniveaus lag. Das konnte niemand vorhersehen. Und wenn man vor den Dingen stand, wusste man nicht, wie man die Probleme lösen sollte.

Für mich hat sich in diesen elf Monaten – bis hin zum September, wo sich der FDGB aufgelöst hat – unglaublich viel getan, und ich kann nur sagen: Es gab keine Vorlage in der Weltgeschichte. Es gab bis heute noch keine Nachfolge. Ich weiß nur, dass sich Vertreter von Südkorea ab und zu mal hier in Berlin aufhalten, um sich auch in der Gedenkstätte Bernauer Straße bei den Zeitzeugen zu informieren, wie man das gemacht hat. Vielleicht kommt es in Korea noch mal zu einem solchen Ereignis. Jedenfalls gab es seinerzeit keine Vorlage dafür, und insofern ist in diesen elf Monaten sowohl, was Berlin betrifft, als auch, was Deutschland insgesamt betrifft, Ungeheures geleistet worden.

Selbst der Plan, die Bundesrepublik – alt – und die DDR in ein föderatives System zu bringen, wie er von Helmut Kohl, ohne die Alliierten zu informieren, erst mal auf den Tisch gelegt wurde, um wenige Tage später zu wissen, dass auch darüber schon wieder die Zeit hinweggegangen ist, zeigt, wie damals die Entwicklung von Woche zu Woche fast atemberaubend schnell voranging. Deshalb wir können in diesem geschichtlichen Zeitfenster nur all denen danken, die so intensiv – ob laienhaft oder professionell – daran gearbeitet haben, denn es war eine großartige Leistung. Und das ist meine Erinnerung an diese elf Monate.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Hans-Joachim Lorenz! – Ich möchte noch mal auf die Leistungen und auf das Wirken der Bürgerrechtler zurückkommen. Wir alle wissen, dass sie eine neue, gesamtdeutsche Verfassung wollten. Frau Göring-Eckardt, die jetzt aus dem Bundestag bekannt ist, hat darüber Ausführungen gemacht. Ich frage das mal so brutal: War dieser Beitritt der DDR gemäß § 23 des Grundgesetzes, der eben keine gemeinsame, neu zu erarbeitende gesamtdeutsche Verfassung vorsah, eigentlich richtig? Oder war das im Nachhinein ein Fehler, weil sich möglicherweise eine Vielzahl, ein paar Millionen der 16 Millionen DDR-Bürger, da beugen mussten? War es richtig, beispielsweise auf andere Empfindlichkeiten und Befindlichkeiten nicht einzugehen? Ich meine damit z. B. die Nationalhymne, die einfach so übernommen wurde. War das richtig – im Nachhinein, heute nach 25 Jahren? – **[FRITZ NIEDERGESÄSS:** Ja!] – Herr Niedergesäß sagt ja. Das ist okay. Ich stelle diese Frage auch nur, weil es von einigen – **[GÜNTER TOEPFER:** Ich sage auch ja. Es war der einzige Weg, um durch diese Tür durchzukommen! Es gab genug Gegner auch im Westen!] –

**NIKOLAUS SANDER:** Ich möchte darauf hinweisen, dass die Frage zunächst einmal an die drei Journalisten gerichtet war. – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Die Frage stellt doch heute keiner mehr, Herr Lange!] –

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Doch, die Frage ist beispielsweise vor vier Wochen in einem großen Interview gestellt worden, an dem auch Frau Göring-Eckardt und andere Bürgerrechtler mitgearbeitet haben. Man kann dazu stehen, wie man will, aber sie haben damals etwas bewirkt. Sie waren aktiv. Sie waren an der Front. Sie hatten einen Runden Tisch. Und die ziehen nach 25 Jahren auch Bilanz und stellen sich heute die Frage: Ist das alles so optimal gelaufen? Und sie richten auch Fragen an uns: Haben wir – die Alten aus dem Westen – Fehler begangen, beispielsweise emotional mit unserem Auftreten unmittelbar nach dem Fall der Mauer? Ich will jetzt nicht dieses Beispiel „Drei Bananen für fünf Mark“ bringen, aber es wurde berichtet, dass beispielsweise ganze Dörfer, ganze Speicher ausgeräumt wurden, dass dort den Eigentümern ein „Hunni“ in die Hand gedrückt wurde und die Antiquitäten abgeschleppt wurden. Im Nachhinein ist doch zu fragen, was dort für Fehler gemacht wurden, um bestimmte Entwicklungen und bestimmte Animositäten, die heute noch bestehen, zu erklären. Ich würde gern wissen, wie Sie das einschätzen.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Es gab die Stadtverordnetenversammlungen in Ost-Berlin bis zu der Wiedervereinigung der Stadt. Diese hat sich noch im Juli 1990 eine eigene Verfassung gegeben. Das ist die Verfassung. Nicht die DDR-Verfassung! Die hat uns in Berlin nur sekundär interessiert. Wir hatten hier eine Verfassung, und sie haben geglaubt, dass wir dann nach Oktober 1990 eine gemeinsame Verfassung machen. Das ist nicht geschehen, und es gibt heute noch Leute, vor allem Juristen, die groß darüber philosophieren, was hätte sein sollen. – **[KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Manche wollen den Kaiser wieder haben!] – Ja, genau! – Wie gesagt, das ist es, was uns in Berlin beschäftigt hat, nicht die DDR-Verfassung. Die hat uns überhaupt nicht beschäftigt.

**BRIGITTE GRUNERT:** Die Ost-Berliner Verfassung hat uns, wenn wir ehrlich sind, auch nicht besonders beschäftigt. – **[DR. MICHAEL MÜLLER:** Ja, das stimmt!] – Das betraf sozusagen das Selbstwertgefühl von Ost-Berlinern, die diese Verfassung wollten, und sie war eigentlich auch von der West-Berliner Verfassung abgekupfert. Das hat zwar mal Herr Schwierzina mir gegenüber furchtbar bestritten, weil nämlich noch ein paar Staatszielbestimmungen hinzugekommen waren, aber das ist, offen gesagt, alles Schnee von gestern. Im Einheitsausschuss ist darüber viel gesprochen worden.

Was dieses Thema „gesamtdeutsche Verfassung“ – also bundesdeutsche Verfassung nach der Einheit – betrifft, wird es vielleicht in 50 Jahren auch noch Leute ge-



ben, die sich darüber beklagen. Ich habe vorhin viel Widerspruch gekriegt, das hat mich sehr gewundert, und ich komme wieder darauf zurück: Da sind alte Wunden aus dem Jahr 1990 und den folgenden übriggeblieben, weil es zu viele Leute in der DDR gab, die das Gefühl hatten, dass sie nicht genug selbst einbringen konnten. Eine Zeit lang waren ja nicht mal das Ampelmännchen und der grüne Abbiegepfahl gesellschaftsfähig. – **[FRITZ NIEDERGESÄSS: Aber der Sandmann!]** – Das kam erst mit der Zeit. Es gibt eben an der Stelle Verdrückungen, die man wahrscheinlich gar nicht verhindern konnte, denn die Einheit war eine Sturzgeburt, und das musste wohl auch sein. Denn damals gab es vor allem auch diese Fragen: Was wird aus Gorbatschow? Was passiert in der Sowjetunion? Ist die Tür nur für eine kurze Zeit einen Spalt weit offen? Könnte sie sich wieder schließen? – Das waren ja auch Gründe für den Beitritt.

Außerdem saß nun mal der Bundeskanzler auf dem Geldsack, und das spielte in der Praxis eine ganz wichtige Rolle. Und da das Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 nun mal eine sehr gute Verfassung ist, wüsste ich auch gar nicht, was man daran besonders hätte ändern sollen. **FRITZ NIEDERGESÄSS:** Richtig! Gut, Frau Grunert!] –

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Lieber Rolf-Peter Lange! Ich möchte das nur kurz ergänzen und darauf verweisen, dass es viele gibt, auch außerhalb Deutschlands, die sagen: Das deutsche Grundgesetz ist eigentlich eine der besten Verfassungen der Welt. – Es nennt sich nur Grundgesetz aus der damaligen historischen Situation heraus. Da ist ja auch immer schon etwas hinzugefügt worden, und es ist verbessert worden, aber in seinem Grundsatz ist das Grundgesetz – gleich Verfassung – eines der besten auch aus meiner persönlichen Sicht heraus.

Und zur Nationalhymne nur ein einziger Satz: Die DDR-Führung hatte bewusst aus der Becher-Hymne einen Textteil gestrichen. Das werden all die, die aus dem Osten stammten, genau wissen. – **[ALFRED-MARIO MOLTER Vorstandsmitglied der VEMAB: Die durfte gar nicht gesungen werden!]** – „Deutschland einig Vaterland“ war der zentrale Satz, und „Deutschland, einig Vaterland“ wurde gestrichen. Und wenn wir jetzt auf die dritte Strophe des Deutschlandliedes gehen, dann denke ich – und das haben sicherlich auch viele in der ehemaligen DDR und die, die heute gemeinschaftlich mit uns dieses historisch betrachten, genauso im Blick –, dass das eine Strophe ist, die jedermann übernehmen konnte, ohne dass man deshalb das Gefühl haben musste, zurückgesetzt zu sein, weil man jetzt diese Strophe singt. So etwas habe ich jedenfalls in all den Gesprächen, die ich danach hatte, bei niemandem, der aus dem Osten stammt, ob einfacher Mensch oder intellektuell, mal bemerkt, sondern die meisten wollten eigentlich die Becher-Hymne loswerden. Das war mein Eindruck.

Ich sage das nur, weil Rolf-Peter Lange gefragt hatte, ob es richtig war, die bundesdeutsche Nationalhymne einfach so zu übernehmen. Das war also meine Beob-

achtung dazu. Die wenigsten in der DDR – ob aus der Kirche, einfache Leute oder Intellektuelle – wollten die Becher-Hymne nicht. Einige haben gesagt: Vielleicht können wir „Freude, schöner Götterfunken“ nehmen – für alle sozusagen. Ja, das war eine Alternative. Diese Diskussion gab es durchaus, aber die Becher-Hymne wollte man nicht, schon allein aus dem Grund, weil man „Deutschland, einig Vaterland“ gestrichen hatte.

**NIKOLAUS SANDER:** Aber Sie wissen, dass Richard von Weizsäcker vorgeschlagen hat: „Anmut sparet nicht noch Mühe“.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Ich wollte es nur noch mal so auf den Punkt bringen.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Lassen Sie uns jetzt ein bisschen bilanzieren. 25 Jahre sind vergangen. Da behaupten einige, in Bezug auf die Herstellung einer gesamtdeutschen Identität, auf das Zusammenwachsen der beiden ehemals getrennten Teile, hätten wir jetzt Halbzeit. Wir hätten Halbzeit, weil in bestimmten Bereichen das Zusammenwachsen eben noch nicht so erfolgt ist, beispielsweise im wirtschaftlichen Bereich, im Bereich des Besitzes von Vermögen etc. Wie sehen Sie das? Ist nicht erkennbar, dass das, was in den ersten 25 Jahren auch mit massiver Hilfe vorangebracht wurde – es sind, glaube ich, 200 Milliarden Euro Transferleistungen erfolgt –, jetzt nachlässt, dass das Interesse an Investitionen in den neuen Bundesländern nachlässt und dass eine Verlagerung in den Süden unseres Landes stattfindet? Ist das überhaupt noch aufzuholen? Ist da ein neuer Motivationsschub möglich? Wie sehen Sie das?

**BRIGITTE GRUNERT:** Herr Dr. Lange! Ich bin kein Wirtschaftsexperte und kann Ihnen deswegen dazu nicht viel sagen. Ich weiß nur, dass diese 25 Jahre alles in allem doch recht glücklich verlaufen sind. Sie haben vorhin Herrn Schäuble zitiert haben, und darin kann man ihm vollkommen recht geben. Er hat allerdings bei dieser Veranstaltung auch hinzugefügt, dass man maßhalten muss. Und ich denke, dass wir heute in einer Situation sind – wenn man die Welt insgesamt betrachtet und unsere Flüchtlingsfrage und das, was in Paris passiert ist –, wo diese Vorkommnisse mit der Frage der Wiedervereinigung überhaupt nichts mehr zu tun haben. Das sind völlig neue Problemkreise. Aber die 25 Jahre sind, glaube ich, ganz gut verlaufen.

Ich habe noch mal nachgelesen: Im Jahr 2014 haben laut Umfrage – ich weiß nicht, was das für eine Umfrage war – 36 Prozent der Berliner Befragten gesagt, sie könnten keine Unterschiede mehr zwischen Ost und West ausmachen. Im Jahr 2009 waren es 24 Prozent. Für die junge Generation, also die Leute, die ein paar Jahre vor der großen Wende oder erst nach der Wende geboren sind, ist das sowieso alles Geschichte. Und für die Älteren sind aus den unterschiedlichsten Gründen ein paar Wunden zurückgeblieben, aber ich denke, ein großes Problem ist es nicht mehr. Und ein deutsches Nationalgefühl, wo die Leute mit Inbrunst die Hand auf

dem Herzen wie die Amerikaner oder die Franzosen ihre Nationalhymne singen, das wird in Deutschland nicht passieren. Das ist Ausdruck unserer Mentalität, die uns unsere Geschichte des 20. Jahrhunderts beschert hat. – [**KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Beim Fußball geht es doch!] – Und im Übrigen gab es in Deutschland immer Regionen – auch in der früheren Bundesrepublik, vermutlich auch in der DDR –, wo es wirtschaftlich besser und wirtschaftlich nicht so gut ging, und das wird es auch weiterhin geben. – [**KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** Zonenrandgebiet!] – Es gibt einen schönen Wettbewerb, und dann sollen alle mal sehen, wie sie fertig werden.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich hatte geglaubt, dass man hier – es sind ja alles ehemalige Abgeordnete – auch mal darüber spricht, was der Wechsel aus dem Rathaus Schöneberg hierher in dieses Gebäude gebracht hat. – [**ZURUFE:** Das kommt noch.] – Das kommt noch. Na gut, okay! Ich hätte das allerdings als Erstes besprochen. Ich hätte angesprochen, wie wir da in den letzten Monaten in Schöneberg gehaust haben. – [**BRIGITTE GRUNERT:** Gehaust?] – Na ja, ich meine, das war ein mehr als überfüllter Plenarsaal. – Ich hätte gefragt, was dieses schöne Haus hier gebracht hat, und ich hätte daran erinnert, was es bedeutet hätte, wenn wir 1996 die Fusion mit Brandenburg gehabt hätten: Dann hätten wir dieses Haus aufgegeben. – Das wollte ich nur sagen. Das spielt doch auch eine Rolle. Na, selbstverständlich!

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Zum Umzug selbst muss man nicht so sehr viel sagen, obwohl das ganz bedeutsam ist. Man kann ja zurückrufen, dass dieses Gebäude der ehemalige Preußische Landtag ist. Wenn man das historisch sieht, so war hier mal die Staatliche Plankommission der DDR drin. Fünfjahrespläne wurden hier oben unterm Dach geschmiedet. Aber das ist nicht das Eigentliche. Jürgen Wohlrabe hat das Gebäude damals entdeckt, Hanna-Renate Laurien hat es ausgebaut. Das waren sozusagen die kurzen Meilensteine, aber das Wesentliche dabei ist, dass man in die Berliner Mitte zurückgegangen ist. Das ist das politische Signal, nicht in Schöneberg zu bleiben mit der Freiheitsglocke und mit dem, was sich mit dem Rathaus Schöneberg verbindet – natürlich Willy Brandt, John F. Kennedy, Richard von Weizsäcker und Ähnliches –, sondern man hat gesagt: Wir gehen in die Berliner Mitte, natürlich dahin, wo wir sein müssen, und wir bleiben nicht im alten West-Berlin. – Das war das politische Zeichen. Und das wirkt bis heute, und das ist auch gut.

Aber eines noch zu der Frage: Sind wir ein Volk – oder wie auch immer – geworden? – Natürlich sind wir ein Volk geworden! Und wir sind höchst erfolgreich, auch in der Welt erfolgreich und nicht nur geachtet – bei dem, was sich auch in diesen Tagen abspielt. Aber eines muss man dazu sagen, und das macht mir schon immer noch Sorge: Beispielsweise zeigt sich bei den Berliner Wahlergebnissen oder auch bei den bundesdeutschen Wahlergebnissen, dass wir noch nicht die Mischung haben in dem, was die Menschen politisch denken. Die Grenze läuft – und

hier spreche ich von der Linkspartei, ehemals PDS – immer sehr deutlich zwischen Ost und West. Wo ist sie akzeptiert, wo hat sie fast die Stellung quasi einer kleinen Volkspartei, siehe Thüringen oder auch in den Ostberliner Bezirken? – Hier gibt es immer noch eine Linie, die durch Deutschland geht.

Und mir macht auch Sorge, dass viele, die am Rhein wohnen, noch nicht die nicht mehr so ganz jungen und neuen Bundesländer besucht haben, was die Umfragen auch immer wieder ergeben. Das finde ich nicht gut, und insofern gibt es auch immer noch Ressentiments. Das reicht bis in das Alter derjenigen, die heute 40 Jahre alt sind. Wer damals 15 Jahre alt war, hat sich im Grunde genommen über politische Dinge und über das, was ihn umgeben hat – er lebte und wohnte relativ sicher –, keine großen Gedanken gemacht, und diejenigen, die 1990 geboren wurden, erst recht nicht. Das heißt, es gibt eine große Anzahl von Menschen, die mitten im Leben und im Beruf stehen und das gar nicht beurteilen können.

In dem Zusammenhang: Wir haben vorhin davon gesprochen, dass man bestimmte Dinge an die nächste Generation weitergeben soll. Jetzt frage ich mich, weshalb die Bertelsmann-Stiftung, die etwa alle zwei Jahre eine renommierte Umfrage macht, regelmäßig zu dem Ergebnis kommt, wie viele Schüler in den ehemaligen DDR-Gebieten, den nicht mehr ganz neuen Bundesländern, die DDR für einen relativ demokratischen Staat oder für einen demokratischen Staat halten, der völlig in Ordnung war. Ich frage mich, weshalb über das, was dort an politischer und menschlicher Barbarei – ich nenne es so – u. a. auch im Bereich der Staatssicherheit und an den Grenzen – Todesschüsse und Ähnliches – geschehen ist, nicht mehr vermittelt wird oder weshalb es zumindest mangelhaft vermittelt wird. Das steht zwar in den Lehrplänen, aber ich habe den Eindruck, dass irgendwie eine unsichtbare Macht die Historie in den Schulen mit dem Ende des Hitler-Faschismus enden lässt.

Ich mutmaße jetzt mal, dass viele Lehrer, die damals unterrichteten und 30 Jahre alt waren – Geschichtslehrer oder Weltkundelehrer – und die heute 55 Jahre alt sind, sich nicht von ihren Schülern an die Wand stellen und unbequeme Fragen stellen lassen wollen. Also breiten sie lieber die Entwicklung der Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert aus, um zu sagen: Nachher hat mir leider die Zeit gefehlt, wir sind zu den beiden deutschen Teilstaaten nicht mehr gekommen.

Es macht mir wirklich Sorgen, dass die nachwachsende Generation so wenig über das weiß, was zwischen 1945 und 1949 und zwischen 1949 und 1989 in den beiden deutschen Staaten passiert ist. Aufarbeitung tut dort dringend Not, und das ist das, was uns nach wie vor in irgendeiner Form trennt, und das drückt sich auch in den politischen Wahlergebnissen aus.

**BRIGITTE GRUNERT:** Herr Lorenz! Jetzt sage ich mal – auch auf die Gefahr hin, dass ich gleich wieder etwas hinter die Ohren bekomme – [**HANS-JOACHIM**



BRIGITTE GRUNERT

**LORENZ:** Von mir aber nicht, Frau Grunert!] –, dass Sie selbst mit Ihrem Beitrag auch das Trennende betont haben. – **[ZURUF:** Er hat es analysiert!] – Ich plädiere dafür, mit den unterschiedlichen Mentalitäten ein bisschen Geduld zu haben. Das verwächst sich von ganz alleine. Wenn ich daran denke, was wir in unserer Jugend, im Alter von 13, 14, 15 oder 18 über den Ersten Weltkrieg oder die Hitlerzeit gewusst haben, dann war das auch nicht viel.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Liebe Frau Grunert! Ich gehe mal dazwischen. – Lao-Tse sagt: Wer einen Fehler begeht und nichts ändert, begeht einen zweiten.

**BRIGITTE GRUNERT:** Da haben Sie völlig recht! Natürlich kann man das an die jeweiligen Kultursenatoren, Kultusminister und Schulsenatoren weitergeben. Wer sich dafür interessiert, der kennt sich aus, und wer sich nicht dafür interessiert, der wird sich nie auskennen.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Frau Grunert! Ich habe vor wenigen Monaten mit Abiturienten aus Calau in der Lausitz gesprochen und sie gefragt, was sie denn zur jüngeren deutschen Geschichte an ihrem Gymnasium gehört haben. – Nichts! Sie wussten etwas vom Hörensagen. Es wurde gesagt: „So ein bisschen auf dem Schulhof haben wir uns darüber unterhalten, aber so richtig wussten wir nichts.“ – Erst, als sie die Stasi-Gedenkstätte in Hohenschönhausen besichtigt haben, haben sie erstmals definitiv erfahren, was dort passiert ist – mit dem ganzen Umfeld. Ob

sich das verwächst oder nicht, das möchte ich mal dahingestellt sein lassen. Fakt ist, dass es im Großen und Ganzen – dieses Beispiel belegt eigentlich nur das, was die Bertelsmann-Stiftung regelmäßig ausweist – einen erheblichen Nachholbedarf gibt. Der Appell geht an die Kultusminister der Länder, die ständig darüber reden, aber nichts ändern.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich kann vielem theoretisch zustimmen, was Herr Lorenz sagt. Aber als ich hierher kam, dachte ich nicht, dass ich zu einer politischen Veranstaltung gehe, bei der man politische Reden hält. Das ist heute Abend wirklich nicht angebracht.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Michael! Das sind die Dinge, die ich auch in der Recherche erlebt habe – Entschuldigung! – [**DR. MICHAEL MÜLLER:** Ich auch, das hat jeder erlebt!] – Richtig! Wir wurden gefragt, wie Deutschland zusammengewachsen ist. Ich bin viel in der ehemaligen DDR unterwegs gewesen, auch in den neuen Bundesländern, und habe von dort berichtet. Das, was ich hier sage, ist lediglich eine Zusammenfassung dessen, was mein Eindruck ist, und darüber gibt es eine Menge zu sagen. – [**FRITZ NIEDERGESÄSS:** Vielleicht fragt ihr einfach mal die Oassis, wie sie das alles gesehen haben!] –

**BRIGITTE GRUNERT:** Genau! – Ich wollte noch eine kleine Bemerkung anfügen. – [**GÜNTER TOEPFER:** Aber jetzt nicht wieder begraben lassen! Wir fühlen uns sowieso belehrt. Nicht einer von uns, der es tatsächlich erlebt hat – ohne Passierschein –, weil er hier war, hat dort vorn gesessen und seine Meinung beitragen können!] –

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Entschuldigung! Darf ich noch mal auf den Zweck dieser Veranstaltung hinweisen? – Wir haben bewusst darauf verzichtet, dass diejenigen, die politisch aktiv sind oder waren – wo auch immer –, diese Diskussion bestreiten. Wir wollten nach 25 Jahren Journalisten und niemanden von uns befragen, wie sie die Entwicklung und die Entstehung beurteilen. Dass wir da nicht immer mit allen geäußerten Meinungen einverstanden sind, ist klar. Wir haben vier Personen eingeladen, nämlich auch noch Frau Fehrle, aber wir hätten auch sechs Personen einladen können. Ich gehe davon aus, dass diese Veranstaltung – zumindest bis jetzt – ihren Sinn und Zweck erfüllt hat. Wir haben unterschiedliche Positionen von unterschiedlichen Journalisten vorgetragen bekommen, die diese Zeit hautnah begleitet und die das bewertet haben. Was wir damit machen, das ist eine zweite Sache. Wir müssen diese geäußerten Meinungen doch nicht akzeptieren. Meine Aufgabe dabei war es – ich bin froh, dass es so gekommen ist, wie ich gehofft habe –, dass dabei auch unterschiedliche Positionen und Einschätzungen geäußert werden. Das waren Sinn und Zweck dieser Veranstaltung. Wir können jetzt auch langsam zum Schluss kommen. Es ist gleich 19.45 Uhr. – [**HANS-JOACHIM LORENZ:** Ich möchte noch etwas sagen.] – Ja, du bekommst auch ein Schlusswort.

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Nein, nein! Ich möchte nicht ein Schlusswort bekommen, sondern nur meinem geschätzten Kollegen Michael Müller in aller Kollegialität und Freundschaft etwas zurufen: Es gibt auch Journalisten, die kommentieren, und auch in der „Berliner Morgenpost“, für die du respektabel über viele Jahrzehnte hinweg geschrieben hast, wird kommentiert. Aus diesem Grund kann man – wenn man gefragt wird, ob Deutschland zusammenwächst oder wo die Defizite liegen – das, was man erlebt hat, gesehen hat und wertet, auch mal in einer solchen Runde in einem kommentierenden Beitrag dartun. Nicht mehr und nicht weniger habe ich gemacht.

**BRIGITTE GRUNERT:** Ich sehe an dieser Diskussion auch: Nichts ist so langlebig wie Mentalitäten. Es wird natürlich noch lange Leute geben, die sagen: Ich gehe in die Philharmonie, aber nicht in das Konzerthaus! – oder die sagen: Ich gehe in den Tierpark, aber nicht in den Zoo! – Das ist nun mal so in dieser Stadt. Das muss sich langsam verwachsen, und das werden wir auch alle aushalten können.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Ich möchte noch eine Schlussbetrachtung vornehmen: Wir haben festgestellt, dass z. B. diejenigen, die heute bis etwa 40 Jahre alt sind, über diese Ereignisse nicht oder nur schlecht informiert sind und sie nicht bewusst erleben konnten, weil sie damals noch zu jung waren. Ich glaube schon – das ist deutlich geworden –, dass es unser aller Auftrag ist, das, was vor 25 Jahren in unserem Land passiert ist, an die nächste Generation weiterzugeben: sicher subjektiv – jeder, wie er es erlebt hat, ob er nun hier oder dort gelebt hat –, aber in dem Bewusstsein, dass es ein ganz besonderes Ereignis und etwas Einzigartiges gewesen ist, eine friedliche Revolution in unserem Land herbeizuführen. Dazu sind wir und jeder von uns in diesem Land, auch die Bildungseinrichtungen, gehalten.

Dass wir in vielen Punkten ein Volk sind und eine gesamtdeutsche Identität haben – das hört sich jetzt ein bisschen böse an –, sieht man am Wahlverhalten. Wenn wir uns anschauen, dass die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen jetzt unter 50 oder 40 Prozent liegt, dann müssen wir über die Frage nachdenken: Ist unser Land noch in Ordnung? Ist die Skepsis gegenüber den demokratischen Institutionen und gegenüber dem Verhalten der politischen Akteure richtig oder kritikwürdig? Es muss doch einen Grund haben, dass in den letzten Jahren, insbesondere nach den 93,7-Prozent-Wahlen im Jahr 1990, die Wahlbeteiligung zurückgegangen ist. Das ist ein Indiz und eine Aufgabe, die sich uns allen stellt. – Herr Sander hat noch eine Abschlussfrage – bitte sehr!

**NIKOLAUS SANDER:** Ich habe eine Abschlussfrage. Ich nehme vorab für mich in Anspruch – nicht für die anderen Parteien –, dass wir uns als politisch Handelnde auch in den Jahren 1989 und 1990 hier und da geirrt haben. Ich möchte gern von unseren drei Gesprächspartnern wissen, ob sie das Gefühl haben, dass sie sich in der Zeit zwischen 1989 und 1990 in ihren Einschätzungen auch mal irgendwann geirrt haben. Vielleicht können Sie uns dazu ein, zwei Punkte nennen.

Ich möchte kein langes Referat hören, sondern gegebenenfalls nur ein oder zwei Punkte genannt bekommen, wo das passiert ist und Sie etwas falsch gesehen haben. – Das war meine Frage.

**DR. MICHAEL MÜLLER:** Natürlich hat sich jeder, der mit Politik zu tun hat, geirrt, und jeder wird sich jeden Tag irren. Das ist doch völlig normal. Wir sind doch keine Hellseher. Ich habe natürlich schon auf die Wiedervereinigung gehofft, aber ich habe nicht gewusst, ob sie gelingt und möglich wird. Ich glaube, das wusste niemand, bis es so weit war. Das hing an der Person Gorbatschow, sage ich. Ohne Gorbatschow hätte es das damals nicht gegeben. **[GÜNTER TOEPFER:** Ohne Kohl säßen wir heute nicht hier!]) – Wenn Herr Putin damals Kremlherrscher gewesen wäre, dann hätte es das nicht gegeben. In Russland ärgert man sich heute noch darüber, dass dieses Vorfeld des großen Sowjetreiches verlorengegangen ist. Natürlich kann man sagen: Ich weiß alles! – Es gab Leute, die wussten alles. Ich nicht!

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Wenn ich in meiner eigenen Arbeitsbiografie zurückschaue, so weiß ich nicht, ob ich mich geirrt habe, aber ich habe die zeitlichen Abläufe zur damaligen Zeit anders eingeschätzt – 1989 und vor allem nach 1990. Ich hatte gehofft, dass es keine solche Flucht aus den neuen Bundesländern nach Südwestdeutschland und Süddeutschland geben wird, weil ich immer erlebt habe – natürlich war das dann obsolet, mancher sagt durch die Treuhandpolitik oder



anderes –, dass die Menschen sagten: Wir wollen nur rüber, aber wir wollen wieder zurück, nämlich dorthin, wo wir leben, und dort wollen wir etwas aufbauen. – Dass teilweise durch eine mangelnde Wettbewerbsfähigkeit die Grundlagen entzogen wurden und viele gesagt haben, sie suchen ihr Glück und ihr Heil irgendwo im Westen – meistens ging es dann in Richtung Baden-Württemberg oder Bayern als den prosperierenden Bundesländern –, das habe ich damals so nicht eingeschätzt. Ich habe mir – um es einmal ganz platt zu sagen – erhofft, dass Mecklenburg-Vorpommern nicht so leer sein wird, wie es heute ist, obwohl es ein wunderschönes Bundesland ist. Aus diesem Grund war meine persönliche Einschätzung dort eine falsche.

Weil eben noch mal der Zuruf über Helmut Kohl kam: Er hatte ja von den blühenden Landschaften gesprochen und wurde dafür mit viel Häme und Spott überschüttet. Sieht man das jetzt in einem anderen Zeitraum – nämlich dem von 25 Jahren –, so sieht man, selbst wenn man durch ein fast entvölkertes Gebiet in Mecklenburg-Vorpommern fährt, durch die Dörfer und über die Landstraßen, dass alles fabelhaft in Ordnung ist. Jedes Dach ist neu gedeckt, und alles sieht gut aus. Es ist auch nichts mehr verrottet oder verlottert. Aber das ist erst sehr viel später eingetroffen, als viele andere und auch ich persönlich dachten. Ich dachte vor allem, dass diese Landflucht aus den neuen Bundesländern nicht so vehement sein würde. Das ist heute mit ein Problem für den Aufwuchs der wirtschaftlichen Dinge dort. Das geht eben deutlich langsamer voran.

Noch ein letztes Beispiel: Wir hatten 17 „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“. Das waren große Infrastrukturprojekte. Ich hatte vor zwei Tagen die Möglichkeit, bei einer Messfahrt auf der neuen ICE-Strecke von Sachsen nach Thüringen mitzufahren – von Leipzig nach Erfurt. Das ist das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8. Diese Strecke wird im Dezember nächsten Jahres mit der Kanzlerin offiziell eröffnet werden, und dann werden wir mit dem ICE von Berlin nach München unter vier Stunden fahren können. Das ist ein gewaltiges Infrastrukturprojekt, das in Thüringen, das auch nicht so gesegnet ist, im Moment unglaublich viele Arbeitsplätze und wirtschaftliche Prosperität bringt. Ich habe mich dort mit Menschen unterhalten, mit Bauleitern und anderen. Das sind Dinge, die mich hoffnungsfroh machen, dass dieses Defizit ausgeglichen wird. Ich dachte, dass es schneller geht, aber ich habe mich auch da ein bisschen geirrt. – [FRITZ NIEDERGESÄSS: Weil ihr nicht wusstet, wie kaputt wir wirklich waren!] –

**BRIGITTE GRUNERT:** Ich habe mich darin geirrt, dass die 90er-Jahre so kompliziert und die Empfindlichkeiten zwischen Ostlern und Westlern so groß sein würden, wie wir es dann erlebt haben und wie es auch heute Abend zum Teil zum Ausdruck kam – auch aus dem Publikum heraus. Das ist das, worin ich mich geirrt habe. Ich denke, alle hatten damals ganz schöne Rosinen im Kopf, und vor allem die Westler dachten, im Osten würde es ratzfatz und ganz schnell aufwärts gehen, aber das ging es nicht, wie Herr Lorenz schon sagte.

Aber es gibt auch ganz andere Empfindlichkeiten. Irgendwie haben sich die DDR-Bürger so ein bisschen wie zweiter Klasse gefühlt, und das hält bis heute ein bisschen an. Sie waren auch seit 1945 gewöhnt, sich so zu fühlen, und davon sind noch Narben vorhanden, die schmerzen, und zwar recht umfangreich. Darin hatte man sich eigentlich geirrt, denn 1989/90 war eine Zeit, in der man dachte: Jetzt ist der Horror zu Ende, das Leben wird wunderbar, und bleibt auch so! – Aber das bleibt es natürlich nie.

**DR. ROLF-PETER LANGE:** Danke, Frau Grunert! – Zu Ihrem letzten Wort: Wenn der Eindruck besteht, es gebe eine erste und zweite Klasse, dann ist es eine weitere Aufgabe für uns alle, das zu verändern. Das können wir alle machen, tagtäglich und wo immer wir mit Menschen zusammentreffen. Wir können auch andere motivieren, sich so zu verhalten. Aber das zeigt, dass wir noch eine Aufgabe vor uns haben, denn auch dieses Problem – ich bin jetzt wieder bei den nachfolgenden Generationen – müssen wir weiter vermitteln. Wir sind ein Volk, eine Nation, und dass Fehler gemacht wurden – bei denjenigen, die aus der alten Bundesrepublik in die ehemalige DDR zogen, und gegebenenfalls auch umgekehrt –, das ist so. Dass wir heute nicht zu einem einheitlichen Votum zwischen den drei Diskutanten kommen, war zu erwarten, und ich hatte es mir auch eigentlich erhofft, denn sonst wäre die Lebendigkeit verlorengegangen.

Ich schlage vor, dass wir diese Runde jetzt beenden. Alle drei Diskutanten werden anschließend noch im Vorraum bei einem Drink zu Gesprächen zur Verfügung stehen. Ich danke Ihnen, dass Sie gekommen sind! Das war sicher eine ungewöhnliche Veranstaltung für unsere Vereinigung, aber ich glaube schon, dass wir nach 25 Jahren Wiedervereinigung auch zu diesem Thema nicht schweigen durften. Wir haben es nicht intern diskutiert, sondern uns die Meinungen von Externen angehört, und das war gut so. – Vielen Dank, dass Sie gekommen sind! Ich wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend! – [**KLAUS-RÜDIGER LANDOWSKY:** In 25 Jahren treffen wir uns wieder!] – Spätestens in 25 Jahren, Herr Landowsky, treffen wir uns wieder. Wir beide lassen uns dann gemeinsam in den Saal schieben. – Ich danke Ihnen!

**HANS-JOACHIM LORENZ:** Ich möchte für uns hier vorne den Einladenden und auch dem Parlamentspräsidenten danken, dass er die Möglichkeit zu dieser farbigen Diskussion mit eingeräumt hat. Wenn Sie alle jetzt nicht so schnell aufgestanden wären, hätte ich gesagt, dieses Wort steht der Elder Stateslady zu, aber nun habe ich das schnell übernommen. – Vielen Dank!



GESPRÄCHE NACH DER VERANSTALTUNG

Herausgeber:  
Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten von Berlin

Redaktion:  
Elena Herzberg

Bildnachweis:  
Titel – fotolia © flyinger  
Innenteil – Gerhard Neumann

Gestaltung:  
Goscha Nowak

Herstellung:  
Flyeralarm

1. Auflage 2016





VEREINIGUNG  
EHMALIGER MITGLIEDER  
DES ABGEORDNETENHAUSES  
VON BERLIN e.V.